

# Riesaer Tageblatt

und Anzeiger (Elbeblatt und Anzeiger).

Druckschrift: Tageblatt Riesa.  
Heft 12.

Postleitzettel: Leipzig 21306.  
Girokarte Riesa Nr. 52.

für die Königl. Amtshauptmannschaft Großenhain, das Königl. Amtsgericht und den Rat der Stadt Riesa, sowie den Gemeinderat Gröba.

Nr. 12.

Dienstag, 15. Januar 1918, abends.

71. Jahrg.

**Das Riesaer Tageblatt erscheint jeden Tag abends 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Festtage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, durch unsere Träger frei Haus oder bei Abholung am Schalter der Kaiserl. Postanstalten vierfachjährlich 3 Mark, monatlich 1 Mark. Anzeigen für die Nummer des Ausgabedates sind bis 10 Uhr vormittags aufzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gemüthe für zweimal höher. Nachweissungs- und Vermittelungsbühr 20 Pf. Poste Taxe. Bewilligter Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konkurs gerät. Siedlung- und Eröffnungsort: Riesa. Vierzehntägige Unterhaltungsbeiträge „Träger an der Elbe“. — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Bierstätten oder der Feuerwehrseinrichtungen — hat der Verleger keinen Anspruch auf Lieferung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. Rotationsdruck und Verlag: Langen & Winterlich, Riesa. Geschäftsstelle: Goethestraße 59. Verantwortlich für Redaktion: Arthur Hähnel, Riesa; für Anzeigen: Wilhelm Dittrich, Riesa.**

1. Diphtherie-Sera mit den Kontrollnummern 589 und 590 aus dem Serumlaboratorium Rütt-Enoch in Hamburg ist wegen Abschwächung zur Eingiebung bestimmt worden.

2. Diphtherie-Sera mit den Kontrollnummern:

1765 bis 1798 einschl. aus den höchsten Farbwerken,

346 und 347 aus der Werd'schen Fabrik in Darmstadt,

436 bis 446 einschl. aus dem Serumlaboratorium Rütt-Enoch in Hamburg,

255 und 256 aus der Fabrik normal C. Schering in Berlin,

145 bis 153 einschl. aus dem Sächsischen Serumwerk in Dresden.

5 bis 18 einschl. aus den Behringwerken in Marburg sind, soweit sie nicht bereits früher wegen Abschwächung usw. eingezogen sind, vom 1. Januar ab wegen Ablaufs der staatlichen Gewährdauer zur Eingiebung bestimmt worden.

3. Tetanus-Sera mit den Kontrollnummern:

374 bis 384 einschl. aus den höchsten Farbwerken,

386 " 407 " aus den Behringwerken in Marburg

122 " 135 "

137 aus den Behringwerken in Marburg

sind wegen Ablaufs der staatlichen Gewährdauer vom 1. Januar 1918 ab zur Eingiebung bestimmt worden.

4. Die Tetanus-Sera mit den Kontrollnummern:

385 aus den höchsten Farbwerken und

136 aus den Behringwerken in Marburg

sind wegen Mangels an Reinheit bereits früher zur Eingiebung gelangt.

Dresden, am 10. Januar 1918.

46 II M

Ministerium des Innern.

159

## Die Verhandlungen in Brest-Litowsk.

Brest-Litowsk, 13. Januar. Fortsetzung des Berichts aus voriger Nummer unter Titel: Nach. D. Ned.) Herr Trotski erklärte hierauf, daß Neuverträge von Landtagen, Stadtvertretungen und dergl. als Neuverträge des Willens eines bestimmten einflussreichen Teiles der Bevölkerung aufgefaßt werden könnten, die aber nur Grund zur Annahme bildeten, daß das betreffende Volk mit seiner staatlichen Position unzufrieden sei. Hieraus ergäbe sich die Schlussfolgerung, daß ein Referendum eingeholt werden müsse, wogegen die Schaffung eines Organs Vorbedingung sei, daß die freie Abstimmung der Bevölkerung garantieren könne.

Im weiteren Verlaufe der Besprechung behauptete Trotsky, daß zwischen den Erklärungen der Mittelmächte vom 25. Dezember und der Formulierung der Punkte I und II vom 27. Dezember ein Widerstreit bestehe.

Staatssekretär v. Kühlmann erklärte demgegenüber, daß beide Dokumente Ausschlüsse derselben Geistes und derselben Politik seien wie sie der Reichskanzler in seiner programmatischen Rede im Reichstage angekündigt habe. Diese rede habe im Grunde bereits die Declaration der Verbündeten vom 25. Dezember enthalten und ebenso auch den Hinweis gebracht, daß die deutsche Politik ihre Beziehungen zu Polen, Litauen und Kurland unter Berücksichtigung des Selbstbestimmungsrechts der Völker zu pflegen beabsichtige. Des Weiteren stellte sich Staatssekretär von Kühlmann auf den Standpunkt, daß die nach Absonderung strebenden Teile Russlands nach Abgabe der Willenserklärungen der schon bestehenden Organe jetzt schon berechtigt seien, Verabredungen zu treffen, die sie für ihre Zukunft ihr gut und nützlich hielten.

Sollten sie in diesen Verabredungen Verstüppungen hinsichtlich der Annahme von Grenzkorrekturen finden, so sei es nicht einleuchtend, warum diese Gebiete in diesen Fragen nicht ebenso frei sein sollten, zu tun, was ihnen beliebt, wie andere.

Herr Trotsky glaubte, in dieser Ausschaffung eine Untergründung des Grundsatzes der Selbstbestimmung erblicken zu müssen, und wußt die Frage auf, warum denn die Organe der fraglichen Völkerstaaten nicht zu den Verhandlungen in Brest-Litowsk eingeladen worden seien, wenn sie sogar das Recht haben sollten, über Gebietsteile zu verfügen. An einer solche Teilnahme der Vertreter dieser Völker an den Verhandlungen werde aber natürlich nicht gedacht, weil eben diese Nationen nicht als Subjekte, sondern als Objekte der Verhandlungen betrachtet würden.

In Erwideration auf diese Bemerkungen hielt Staatssekretär v. Kühlmann aus: Ich bin gern bereit, den Gedanken zu diskutieren, ob und in welcher Form eine Beteiligung von Vertretern der fraglichen Nationen an unseren Besprechungen sich empfehlen ließe.

Minister Graf Caenius äußerte gleichfalls seine Bereitwilligkeit, der Frage der Herausziehung von Vertretern der besetzten Gebiete näherzutreten, hütte aber hinzu: Es ist erwünscht, zu wissen, in welcher Weise die Auswahl dieser Vertreter getroffen werden sollte, wenn russischerseits die in diesen Gebieten bestehenden Verbündungskörper nicht als berechtigt angesehen werden würden, im Namen der von ihnen vertretenen Nationen zu sprechen.

Herr Trotsky beantragte hierauf, die Sitzung zu verlegen, um es der russischen Delegation zu ermöglichen, eine Beratung abzuhalten und sich mit ihrer Regierung ins Benehmen zu legen.

Brest-Litowsk, 13. Januar. In der Sitzung vom 12. Januar resümierte Staatssekretär v. Kühlmann das Ergebnis der vorangegangenen Beratungen und wünschte genaue Erklärungen der russischen Delegation über die Ausdrücke „Subjekte und Objekte der Diskussion.“

Der russische Delegat Romanow führte aus: Die russische Delegation sei nicht in der Lage, als Ausdruck des Volkswillens der okkupierten Gebiete die Erklärungen anzuerkennen, die von dieser oder jener sozialen Gruppe oder Einrichtung gemacht worden seien, soweit diese Erklärungen unter dem Regime der fremden Okkupation erfolgten und von Organen ausgegangen, deren Rechte nicht von der Wahlberuhren trüben und die überhaupt ihr Leben in einem Rahmen trüben, der den Plänen der militärischen Okkupationsbehörden nicht widerspricht. Die Delegation stellt fest, daß während der Okkupation nirgends, weder in Polen, noch in Litauen, noch in Kurland, irgendwelche demokratisch gewählten Organe weder gebildet werden konnten, noch existieren, die mit irgendwelchem Rechte darauf Anspruch erheben könnten, als Ausdruck des Willens breiter Kreise der Bevölkerung zu gelten. Was das Wollen der Erklärung über das Streben zur vollen staatlichen Unabhängigkeit anbetrifft, so erklärt die russische Delegation:

1. Aus der Tatsache der Zugehörigkeit der besetzten Gebiete zum Verein des früheren russischen Kaiserreiches

sieht die russische Regierung keine Schlüsse, die irgendwelche staatsrechtliche Verpflichtung der Bevölkerung dieser Gebiete im Verhältnis zur russischen Republik auferlegen würden. Die alten Grenzen des früheren russischen Kaiserreiches, insbesondere gegen das polnische Volk, sind mit dem Zarismus verschwunden. Die neuen Grenzen des brüderlichen Bundes der russischen Republik und der Völker, die außerhalb ihres Rahmens bleiben wollen, müssen gebildet werden durch einen freien Entschluß der entsprechenden Völker.

2. Deswegen besteht für die russische Regierung die Grundausgabe der jetzt geführten Verhandlung nicht darin, in irgendwelcher Weise das weitere zwangsweise Verbleiben der genannten Gebiete in dem Rahmen des russischen Reiches zu verteidigen, sondern in der Sicherung der wirklichen Freiheit der Selbstbestimmung der inneren Staats-einrichtung und internationalen Lage der genannten Ge-

biete. 3. Die so verstandene Aufgabe sieht voraus, die vorhergehende Verständigung Deutschlands und Österreich-Ungarns von der einen, Russlands von der anderen Seite über vier Hauptpunkte: Abzug auf den Umfang des Territoriums, dessen Bevölkerung berufen sein wird, das Selbstbestimmungsrecht auszuüben, insbesondere auf die allgemeinen politischen Voraussetzungen, unter denen sich die Lösung der Frage nach dem staatlichen Geschick der entsprechenden Territorien und Nationen vollziehen soll, insbesondere auf das Übernungsregime, das bis zum Moment der endgültigen staatlichen Konstituierung dieser Gebiete bestehen soll, insbesondere auf die Art und Form, in der die Bevölkerung dieser Gebiete ihren Willen kundzugeben haben wird. Die Gesamtheit der Antworten auf diese Fragen bilden die Paragraphen des Friedensvertrages, die den § 2 des deutschen Vorhabens vom 28. Dezember 1917 erfüllen sollen. Die russische Delegation schlägt ihrerseits folgende Völung der Fragen vor:

1. Das Territorium: Das Selbstbestimmungsrecht steht den Nationen und nicht ihren Teilen zu, die okkupiert worden sind. Russland verpflichtet sich, diese Gebiete weder direkt noch indirekt zur Annahme dieser oder jener Staatsform zu zwingen. Die Regierungen Deutschlands und Österreich-Ungarns bestimmen ihrerseits категорisch das Gebiet irgendeiner Ansprüche sowohl auf die Einverleibung in das Territorium Deutschlands und Österreich-Ungarns, der Gebiete des früheren russischen Kaiserreichs, die jetzt von den Heeren Deutschlands und Österreich-Ungarns okkupiert worden sind, wie auf die sogenannten Grenzkorrekturen auf Kosten dieser Gebiete. Gleichzeitig verpflichtet sich, diese Gebiete nicht weder direkt noch indirekt zur Annahme dieser oder jener Staatsform zu zwingen, die Unabhängigkeit nicht durch irgendwelche pol. oder Militärkonventionen zu beeinflussen, die geschlossen würden vor der endgültigen Konstituierung dieser Gebiete auf Grund des politischen Selbstbestimmungsrechts der sie bevölkernden Nationen. Die Abstimmung soll nach Rücknahme der fremden Heere und Rückkehr der Flüchtlinge und vor dem Anfang des Krieges evakuierten Bevölkerung stattfinden.

Der Zeitpunkt der Zurückziehung der Heere wird durch eine besondere Kommission bestimmt entsprechend der Länge der Transportmittel, der Ernährung und anderer Fragen, die im Zusammenhang mit den Bedingungen des noch nicht beendigten Weltkrieges stehen.

Der Schluß der Ordnung und Rechte der im Bereich der Selbstbestimmung sich befindenden Gebiete liegt den nationalen Heeren und den lokalen Milizen ob. Den Flüchtlingen und den durch die Okkupationsbehörden seit Anfang des Krieges Evakuierten wird die volle Freiheit und die Möglichkeit der Rückkehr gegeben.

2. Von Moment der Unterzeichnung des Friedens bis zur endgültigen staatlichen Konstitutionierung der genannten Gebiete geht ihre innere Verwaltung, die Leitung der Angelegenheiten, Finanzen usw. in die Hände eines temporären Organs, über, das durch Verständigung der politischen Parteien, die ihre Lebensfähigkeit inmitten ihres Volkes vor und während des Krieges bewiesen haben, gebildet wird.

3. Die endgültige Lösung der Frage von der Staatslage der Gebiete, um die es sich handelt, und von der Form ihrer Staatseinrichtung wird durch das allgemeine Referendum erfolgen. Zwecks Beleidigung der Arbeit der Friedenskonferenz hält die russische Regierung es für außerordentlich wichtig, von der deutschen und österreichisch-ungarischen Delegation eine vollkommen erkläre Antwort auf alle die Fragen zu erhalten, die in dieser Erklärung aufgezählt worden sind.

Hierauf erbat General Hoffmann das Wort und führte aus: Ich muß zunächst gegen den Ton dieser Vorschläge protestieren. Die russische Delegation spricht mit uns, als ob sie siegreich in unserem Range stände und uns Bedingungen dictieren könnte. Ich möchte daran hinweisen, daß die Tatsachen entgegenstehen: Das siegreiche deutsche

Heer steht in Ihrem Gebiete! — Ich möchte sodann feststellen, daß die russische Delegation für die besetzten Gebiete die Anwendung eines Selbstbestimmungsrechts der Völker in einer Weise und in einem Umfang fordert, wie es ihre Regierung im eigenen Range nicht anwendet. Ihre Regierung ist begründet lediglich auf Macht, und zwar auf Macht, die rücksichtslos mit Gewalt jeden Anderen denken unterdrückt. Jeder Andersdenkende wird einfach als Gegenrevolutionär und Bourgeois vogelstreich erklärt. Ich will diese meine Ansicht nur an zwei Beispiele erläutern: In der Nacht vom 30. zum 31. Dezember wurde der erste wehrkriessche Kongress in Wilna, der das Selbstbestimmungsrecht des weißrussischen Volkes geltend machen wollte, von den Maximalisten durch Soldaten und Maschinengewehr ausgeworfen. Als die Ukrainer das Selbstbestimmungsrecht geltend machen, stellte die Petersburger Regierung ihnen ein Ultimatum und verlangte die Erwaltung ihres Willens mit Waffengewalt durchzusetzen. Soviel aus den vorliegenden Funksprüchen hervorgeht, ist der Bürgerkrieg noch im Gange. So stellt sich die Anwendung des Selbstbestimmungsrechts der Völker durch die zaristische Regierung in der Praxis dar.

Die deutsche Oberste Heeresleitung muß deshalb eine Einigung in die Regelung der Angelegenheiten der besetzten Gebiete ablehnen. Für uns haben die Völker der besetzten Gebiete ihren Wunsch der Abtrennung von Russland bereits klar und unzweideutig Ausdruck gegeben. Von den wichtigsten Bevölkerungen der Bevölkerung möchte ich folgende hervorheben: Am 21. September 1917 erbat die litauische Landesversammlung, die sich ausdrücklich als Vertreterin der gesamten Bevölkerung Kurlands bezeichnete, den Schutz des Deutschen Reiches. Am 11. Dezember 1917 proklamierte der litauische Landesrat, der von den Litauern des In- und Auslandes als einzige verantwortliche Vertretung des litauischen Volkes anerkannt ist, den Wunsch der Abtrennung von allen staatlichen Verbindungen, die bisher mit anderen Völkern bestanden haben. Am 27. Dezember 1917 sprach die Stadtvorordnetenversammlung in Vilnius eine ähnliche Bitte an das Deutsche Reich aus. Diesem Antrage haben sich die Rigasche Kaufmannskammer, die große Gilde, die Vertreter der Landbevölkerung sowie 70 Rigauer Vereine angeschlossen. Schließlich haben im Dezember 1917 auch die Vertreter der Mittelstadt der ländlichen, städtischen und kirchlichen Gemeinden auf Osel, Dagö und Moon in verschiedenen Erklärungen sich von ihren bisherigen Beziehungen losgelöst. Auch aus verwaltungstechnischen Gründen muß die Deutsche Oberste Heeresleitung eine Räumung Kurlands, Litauens, Rigas und der Inseln im Rigaschen Meerbusen ablehnen. Alle diese Gegenden besitzen keine Verwaltungsorgane, keine Organe der Rechtsplege, keine Organe des Rechtsbüros, keine Eisenbahnen, keine Telegraphen, keine Post, alles das ist in deutschem Besitz und in deutschem Betriebe. Auch zur Errichtung eines eigenen Volksheeres oder Militärs sind die Länder mangels geeigneter Organe in absehbarer Zeit nicht in der Lage.

Staatssekretär v. Kühlmann: Ich möchte hervorheben, daß es nicht möglich ist, auf die hier verlesene schriftliche Erklärung der russischen Delegation unfeierlich jezt irgendwie Stellung zu nehmen. Ich muß mir die weitere Stellungnahme in allen Punkten vorbehalten, möchte aber meiner persönlichen Ansicht dahin Ausdruck geben, daß der von der russischen Delegation vorgeschlagene modus procedendi, nämlich daß die Delegationen sich gegenseitig schriftliche Schriftstücke vorlegen, weder zur Beleidigung der Verhandlungen beitragen wird, noch besonders wenn die Schriftstücke dem uns heute vorgelegten entsprechen, im allgemeinen dazu beitragen wird, die Aussichten der Verhandlungen, die wir führen, in besonders rostigen Worte erscheinen zu lassen. Ich persönlich bin der Ansicht, daß es zweckmäßiger gewesen wäre, in der gestern angefangenen Weise fortzufahren, bis der ganze Stoff durchgesprochen war, um dann nach Abschluß des mündlichen Durchsprechens schriftlich zu fixieren. Da aber die russische Delegation durch ihren heutigen Antrag sich auf einen anderen Boden stellt, schlage ich vor, zur Beratung unter den Bündesgenossen die Sitzung aufzubuchen.

Herr Trotsky: Es ist selbstverständlich, daß es durchaus nicht unsere Absicht ist, die Technik der Verhandlungen zu erschweren. Wenn die Gegenseite sich auf den Standpunkt stellt, daß für das Vorbringen schriftlicher Formulierungen noch nicht der richtige Zeitpunkt ist, so würde unser heutiger Vorschlag zur Diskussion gestellt werden und wir würden uns das Recht vorbehalten, im Laufe der weiteren Verhandlungen an unserer Declaracion als solcher über einzelnen Teilen derselben zurückzufallen, ohne irgend einer Weise der Gegenseite eine ähnliche Verhandlung der Angelegenheit aufzwingen zu wollen.

Staatssekretär v. Kühlmann: Ich kann diesen Vorschlag nicht annehmen. Das Vorhandensein schriftlicher formulierter und ausgearbeiteter Vorschläge auf der einen Seite, denen von der anderen Seite keine Gegenformulie-

rung entgegengestellt wäre, würde durchaus unermüdlich sein. Ich muss deshalb an meiner Auffassung festhalten, daß vor irgendwelcher Stellungnahme meinerseits zur neuen Lage eine erneute Beratung der Bundesgenossen nötig ist.

Die Sitzung wurde darauf aufgehoben. Eine neue Sitzung zur Fortsetzung der Beratungen ist noch nicht anberaumt worden.

**Die Handels- und wirtschaftspolitischen Verhandlungen** in Petersburg haben bisher noch kein Ergebnis erzielt. Es ist dies natürlich eine Folge des schleppenden Verhandlungsganges in Brest-Litowsk.

#### Urteile der Berliner Morgenblätter.

Alle Berliner Morgenblätter äußern sich zu dem gestern veröffentlichten Bericht über die Verhandlungen der Friedensdelegierten in Brest-Litowsk. Der „Volksanzeiger“ meint, es habe sich von vornherein vermuten lassen, daß Herr Trotski, eine andere Taktik einschlagen würde, als die Genossen, die vor ihm allein in Brest-Litowsk die russische Sache zu führen hatten. Die von dem Vertreter des deutschen Obersten Heeresleitung geführte Sprache habe den Vorsprung der Klarheit. Wenn Herr Trotski nach Brest-Litowsk gekommen sei, um es mit uns zu verderben, so dürfte darüber das russische Volk anderer Meinung sein. Sollte es enttäuscht werden, so würde die Regierung den Bolschewiken die Folgen sehr bald zu tragen haben. — In der „Rhein. Zeit.“ wird ausgeführt: Deutschland konnte niemals daran denken, die von ihm besetzten russischen Gebiete vollkommen zu räumen, bevor es an allen Fronten Frieden hätte. Anders liegt die Sache bei den Russen. Russland hat in demselben Augenblick den Frieden im Lande, wo es sich mit dem Mittelmächten einigt. Es hat in Brest-Litowsk Gelegenheit, sich mit allen seinen Feinden zu den gleichen Bedingungen zu einigen. — Die „Germania“ hofft, daß die Russen einsehen werden, daß sie mit ihren Anteilnehmern vollständig auf dem Dolmetsche sind. — Der „Vorwärts“ meint, es müsse eine Einigung möglich sein, wenn der gute Wille dazu auf beiden Seiten vorhanden sei. — Die „Morgenpost“ meint: Wir untersetzen können die weitere Entwicklung der Dinge in Ruhe abwarten. Ob es die Russen auch können, darüber müssen sie sich selbst klar werden. Nach dem, was wir über die Zustände in ihrem Lande und an ihrer Front wissen, scheint es uns, als ob sie es nicht können.

Wie das „Berl. Tag.“ berichtet, hat der Reichskanzler die Parteiführer entgegen den ursprünglichen Absichten nicht zu einer Konferenz empfangen, wohl aber hat der Unterausschussekretär v. d. Busche im Laufe des Nachmittags den Parteiführern einige Erklärungen über den Gang der Verhandlungen in Brest-Litowsk gegeben. Danach seien dort die Verhandlungen gestern Nachmittag wieder aufgenommen worden, und auch heute Vormittag wird eine Sitzung der Delegierten stattfinden.

#### Die Vorgänge in Berlin.

Wie der „Berliner Volksanzeiger“ hört, wurden die Empfänge beim Kaiser Montag vormittags fortgesetzt. Den Beginn mache eine Befredigung, zu der der Kaiser den Kronprinzen empfing. Darauf kam der Unterausschussekretär Freiherr von dem Busche zum Vortrag, worauf der Reichskanzler und Generalfeldmarschall von Hindenburg gemeinsam vom Kaiser empfangen wurden. Nach Beendigung dieser Besprechung hielt der Kaiser den Feldmarschall noch längere Zeit zu besonderem Vortrag zurück.

Die „Norddeutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt unter der Überschrift: „Tatsachen und Gerüchte“ redaktionell: Der Reichskanzler Dr. Graf von Hertling hat in den letzten Tagen mehrfach Sr. Maj. dem Kaiser Vortrag gehalten und zahlreiche Befredigungen gehabt. Eine vertrauliche Aussprache hat zwischen dem Reichskanzler und den zurzeit hier anwesenden Heerführern stattgefunden. Die Mitteilungen über den heutigen (Montag) einberufenen Kronrat sind unrichtig. Es liegt keine Differenz vor, die eine Entscheidung im Kronrat verlangt. Auch sonst gehen mancherlei unrichtige Nachrichten durch einzelne Blätter. So wird gemeldet, daß der Staatssekretär von Althümann und der Botschafter Graf Bernstorff in Berlin eingetroffen seien. Solche Angaben sind falsch.

Aus Berlin wird ferner unten 14. Januar gemeldet: Wie wir hören, wird der Reichskanzler nicht schon Mittwoch im Hauptausschuß des Reichstages, sondern erst einige Tage später sprechen. Der deutsche Gesandte im Haag, Röben, und der deutsche Gesandte in Copenhagen, von Hanau, sind in persönlichen Angelegenheiten in Berlin eingetroffen. Dieser Zeitungsmeldungen, daß eine Anerkennung in der Auffassung über die Entwicklung Polens eintreten sei, erfähren wir, daß in dem bisherigen Gang der Angelegenheit sich nichts geändert hat.

Von den heute früh vorliegenden Meldungen „Berliner Blätter“ seien die folgenden wiedergegeben. Die „Völkische Zeitung“ meldet: Die Empfänge des Reichskanzlers und der bisherigen obersten militärischen Führer durch den Kaiser haben, wie verlautet, eine Lösung der militärischen und politischen Fragen angehört, die zu einer fristlichen Säuberung geführt hatten. Man darf annehmen, daß in den wesentlichen Punkten ein Einvernehmen zwischen den militärischen und politischen Zeitung erzielt ist, wobei die von der Obersten Heeresleitung vertretenen militärischen Gesichtspunkte in vollem Maße zur Geltung kommen werden. Es ist anzunehmen, daß eine gemeinsame Besprechung beim Kaiser, die Montag erfolgte, das Ergebnis der Vorbesprechungen bestätigen wird.

Die freikonservative „Post“ teilte am Montag abend auf Grund zuverlässiger Informationen mit, die Entscheidung in den großen politischen Fragen, die die Berliner Konferenzen gegenwärtig beschäftigen, sei tatsächlich gefallen. „Die Meinungsverschiedenheiten, welche zwischen der Leitung der auswärtigen Politik und der Heeresverwaltung bestanden haben, sind auf dem Wege völlig freier Ausdrucksweise befehligt worden; zugleich ist eine Temporalstrafe zwischen den Zuständigkeiten der beiden Kessels vereinbart worden.“

(Vorausgelegt, daß diese Nachricht zutrifft, besagt sie über den Inhalt der Lösung der zweitwöchigen vorliegenden verschiedenen Entscheidungen gar nichts. Die angeblich tatsächliche Entscheidung läßt noch zahlreiche wichtige Fragen unbeantwortet. In Wirklichkeit ist auch wohl kaum anzunehmen, daß gerade im gegenwärtigen Zeitpunkt eine völlig klare Lösung der Disputen schnell herbeigeführt und öffentlich verkündet werden könnte. Die Gründe, die den Reichskanzler, Graf Hertling, zur Verhinderung seiner angekündigten Reichstagssitzung veranlassen, widersprechen zur Zeit auch einer vollen Klärung der Streitfragen über das Schicksal der besetzten Ostgebiete.)

Nach dem „Vorwärts“ ergibt man sich, daß der Kanzler außerdem wie der inneren Politik eine ganz plötzliche Schwankung erfahren soll, daß Althümann infolge schwerer Seelen und Hertling nicht mehr lange bleiben werde. Welcher Art die Richtung ist, der man den Sieg auspricht, braucht kaum noch näher gesagt zu werden. Es handelt sich um die „Auffassung eines hüllen- und lückenlosen Annexionsprogramms in Ost und West und um die aus daraus von selbst ergebenden innerpolitischen Konsequenzen.“

#### Dortmunder der Feuerlämpfe.

• Von einem militärischen Mitarbeiter wird uns geschrieben:

Im Westen blieb am Sonntag der Klein- und Stellungskrieg in den seit Wochen üblichen Grenzen. Stellungskrieger am einzelnen Frontabschnitt feierte sich am Abend bei Brest zu großer Stärke. Unsere Aussäuer drangen vielfach in feindliche Städte, vernichteten die Unterstände und nahmen die Besetzung als Erfolg an. Auch am Westufer der Maas blieb die Kampftägigkeit auf diese Formen beschränkt, die aber nichtsdestoweniger von äußerster Anspannung aller Fronten im Westen zeugt. Die Feinde stehen in der Furcht Hindenburgs, glauben oder ahnen, daß Hagelwetter einer neuen Offensive könne jeden Tag herniedergeschlagen.

In Mazedonien lebte die Artillerietätigkeit an verschiedenen Stellen wieder auf. Der buntzulammengewürzte Heereshausen, der vom Befreiungsband mit soviel Hoffnungen nach Saloniki gesandt wurde, der bestimmt war, Konstantinopel zu erobern, Serbien jetzt zu machen und Bulgarien zu überrennen, ist heute nur noch ein Sorgenkind für die Pariser und Londoner Staatsmänner. Auch die Aussicht, die Reihen durch die Griechen des übermächtigen Bessarabien zu verstärken, ist zu Schanden geworden. So bleibt nur noch ein unruhlicher Wagnis. Eine der großen Niederlagen steht, die der Befreiungsband auf dem Balkan erlitten hat.

#### Vom See- und Luftkrieg.

Die Luftangriffe auf das deutsche Heimatgebiet im Monat Dezember. Am Monat Dezember hat der Gegner 18 Luftangriffe auf das deutsche Heimatgebiet unternommen. 6 Angriffe galten dem lothringisch-luxemburgischen Industriegebiet, 7 Angriffe der Stadt Freiburg sowie anderen Städten in Baden, den Städten Mannheim, Saarbrücken und Ludwigshafen. Bis auf eine Betriebsstörung, die durch einen Bombentreffer in die Gasleitung eines Eisenwerkes verursacht wurde, war das Ergebnis der Angriffe bedeutungslos. Der Schaden an privatem Eigentum war im ganzen gering. Durch die Angriffe wurden 7 Personen getötet und 31 verletzt, darunter französische Kriegsgefangene. Ein feindliches Flugzeug wurde innerhalb des deutschen Heimatgebietes, ein anderes jenseits der Alpen abgeschossen.

#### Weitere Kriegsnachrichten.

**Espanisch-englisches Wirtschaftsabkommen.** Der „Neue Rotterdamer Courant“ meldet: Unter Lord Cardwell, dem Leiter der Bank von England, hat sich eine britische Mission nach Spanien begeben, um über den Abschluß eines Wirtschaftsvertrages zwischen den beiden Völkern zu verhandeln.

**Die Hauptbotschaft Danzig.** Reuter meldet aus Riga: Staatssekretär Danzig rühmte gestern bei einem Essen in der Abgeordnetenvereinigung in einer Rede die alliierten Nationen und erklärte, seine Hauptbotschaft am alle sei: Wir geben vorwärts in diesem Kriege. Wir müssen um den Menschen willen siegen, und wir werden siegen. **Branting für Stockholm.** Branting sagt in einem Kommentar zu französisch-socialistischen Pressestimmen, daß ein Friede nur durch die Neuordnung der Internationale erreicht werden kann. Insolgedessen rät er den französischen Parteigenossen eine allgemeine sozialistische Konferenz in Stockholm zu beschließen, anstatt durch ein auf jeden Fall vergebliches Warten auf militärische Entscheidungen den Zusammenbruch Italiens und Englands zu unterstützen.

#### Örtliches und Sachsisches.

Miela, den 15. Januar 1918.

• Starke Schneefälle werden aus allen Teilen des Deutschen Reiches gemeldet, die zum Teil ausgedehnte Verkehrsstörungen zur Folge haben. — **W. M. Austausch von deutschem und englischem Kriegs- und Zivilgefangenen.** Wie der Öffentlichen Auskunftsstelle für Auswanderer in Dresden mitgeteilt wird, haben die Austauschtransporte von deutschen und englischen Kriegs- und Zivilgefangenen auf Grund des deutsch-englischen Abkommen vom 2. Juli v. J. begonnen. Die beiden Kreideuren Rotterdamer Lloyd und Seeland stellen drei Dampfer zum Transport der Gefangenen zwischen den Niederlanden und England heraus. Sicherlich auf die Zeit von vier Monaten zur Verfügung. Diese werden jedesmal 850 Gefangene und 40 Verletzte und Pilgerinnen befördern können. Während der Überfahrt bleiben die Dampfer beisammen und müssen die niedersächsische und die Flagge des Roten Kreuzes führen.

• **Beleidigungswang für Erbsaftmittel.** Man schreibt uns: Nachdem hinreichende Erfahrungen und Erfolge vorliegen, über die Tätigkeit der etwa zwei Jahre dienten Erbsaftmittelpräparatoren, die in Süddeutschland, im Königreich Sachsen sowie in einzelnen großen Gemeinden errichtet sind, um alle Erbsaftmittel vor ihrer Freigabe für den Handel auf ihre Geeignetheit und Preiswürdigkeit zu untersuchen, beabsichtigt das Kriegsministerium, einen allgemeinen Prüfungswang für Erbsaftmittel durchzuführen. Eine diesbezügliche Regelung dürfte schon in naher Zeit zu erwarten sein. Bisher wurde die erfolgreiche Tätigkeit der bestehenden Erbsaftmittelpräparatoren dadurch wesentlich erschwert, daß aus Preußen, wo noch kein Prüfungswang für Erbsaftmittel besteht, immer wieder mehr oder minder untaugliche Erzeugnisse eingeführt werden, während in den Bundesstaaten mit Prüfungswang bereits das Bestehen desselben zu einer Ausmerzung der meisten überzähligen Erbsaftmittel geführt hat. Noch ist zwischen den süddeutschen Staaten und dem Königreich Sachsen ein Übereinkommen über die gegenseitige Anerkennung der in einem der Staaten getroffenen Entscheidungen aufzustande gekommen; trotzdem läßt es sich nicht vermeiden, daß zahlreiche Prüfungen doppelt gemacht werden müssen. Durch eine zweimäßige zentrale Organisation sollen Arbeitskräfte gespart werden. Gegenwärtig werden für die zahlreichen Untersuchungen im Auftrage der staatlichen und städtischen Präfekturämter und der Gerichte Sachverständige in großem Umfang in Anspruch genommen. Die Verfolgung von Überbreitungen ist auch mühsamer und weniger erfolgreich als ihre Verhütung durch Ausscheidung untreuer Erbsaftmittel auf Grund des Prüfungswangs. Man wird auch Vorhören treffen, daß ein Erbsaftmittel die Genehmigung zur Einführung in den Handel erhält, zu dessen Herstellung verbotene Grundstoffe verwendet sind. Selbstverständlich wird sich der allgemeine Prüfungswang auch auf ausländische Erzeugnisse erstrecken, um zu verhindern, daß werktlose inländische Erzeugnisse als Auslandsware auf den Markt gelangen können.

• **W. M. Ausschuß für Sees- und Flottenlieferungen.** Am 9. d. M. hat im Kriegsministerium die erste Sitzung des neuernannten sächsischen Ausschusses für Heereslieferungen stattgefunden. Man vertritt sich von bisheriger Einrichtung große Vorteile für das enger zusammenarbeitende der militärischen Stellen mit der Industrie, dem Handel, Gewerbe und Handwerk und will dadurch schwere in weitergehendem Maße als bisher über alle Fragen und Maßnahmen auf dem Gebiete der Heereslieferungen auf schnellstem Wege unterrichten. Auch soll es die Aufgabe des genannten Ausschusses sein, als Übermittler aller gerechtigten Wünsche bezüglich Heranziehung und Vergabe

bung von Heeresaufrüttungen zu dienen. Der Ausschuss besteht vorläufig aus acht Mitgliedern. Der Ausschuss tritt an Stelle der in einzelnen Bundesstaaten ins Leben gerufenen Vermittelungsbstellen, die wiederum in letzter Zeit in der Öffentlichkeit besprochen worden sind; man erwartet von ihm, daß er besser als diese den Bedürfnissen von Industrie und Handwerk zu dienen in der Lage ist, besonders was die Bequemlichkeit und schnelle Antwortzeitlinie betrifft. Schon in der ersten Sitzung am 9. Januar hat sich übrigens eine Erweiterung des Arbeitsfeldes des Ausschusses dadurch ergeben, daß von einem anwesenden Vertreter des Ministeriums des Innern angeregt wurde, ihm auch die Bereitstellung bzw. Vermittlung der auf Sachsen entfallenden Aufträge für die Handelsflotte zu übertragen, für deren beschleunigte und erweiterte Ausbau finanziell vom Reich eine Milliarde zur Verfügung gestellt worden ist. Die Beteiligung der Industrie und des Handwerks Sachsen an diesen Lieferungen ist besonders wichtig, weil es einen gewissen Ausgleich für die mit Friedensschluß zurückgewichenden Heereslieferungen bringen sollen. Der Antrag wurde zugestimmt. Der Ausschuss unterstützt bezüglich dieser Tätigkeit der Aussicht des Ministeriums des Innern. Er erhält infolgedessen den Namen: „Sächsischer Ausschuss für Heeres- und Flottenlieferungen.“ Bei dieser Gelegenheit sei auch kurz erwähnt, daß sich die während des Krieges gegründete Waffen- und Industrieabteilung des sächsischen Kriegsministeriums, die ja in erster Linie im Interesse der sächsischen Industrie und des sächsischen Handwerks geschaffen wurde, um allen Ansprüchen gerecht werden zu können, wiederum vergrößert und ausgebaut werden mußte. Sie besteht zurzeit aus mehr als 80 Offizieren, Beamten, Unteroffizieren usw. Hand in Hand damit ist gleichzeitig eine Vermehrung der in Berlin zur Vertretung der sächsischen Interessen tätigen Offiziere erfolgt, so daß Sachsen dort mindestens in gleich guter Weise wie jeder andere Bundesstaat vertreten ist.

— **Landeskulturrat.** In der Sitzung des Sächsischen Ausschusses des Landeskulturrates vom 5. Januar dieses Jahres wurden unter anderem folgende Beschlüsse gefasst: Das Königliche Ministerium des Innern soll auf die Notlage aufmerksam gemacht werden, in der sich die landwirtschaftlichen Arbeiter bezüglich der Beschaffung von Schuhwerk befinden. Es möchte mit allen Mitteln dafür gesorgt werden, daß genügende Mengen von Schuhwerk zur Verfügung gestellt werden, damit die Belegschaften im kommenden Frühjahr nicht unter diesem Mangel leidet.

— Durch Verordnung vom 22. Dezember 1917 ist bestimmt worden, daß die Saatflächen für Getreide durch die oberen Verwaltungsbehörden kontrolliert werden müssen. Durch diese Maßnahme kann sich die Lieferung von Getreidebedarf beständig verzögern. Das Königliche Ministerium soll gebeten werden, die zuständigen Behörden anzuweisen, daß die Kontrolle der Saatflächen so schnell wie möglich erledigt wird. — Es ist in Aussicht genommen worden, erholungsfähige Pferde aus den betroffenen Gebieten leistungsfähig für Pferde und zur Bewerbung für landwirtschaftliche Arbeiten an die Landwirte im Aborigen Sachsen abzugeben. Es wird beschlossen, die Vermittlung seitens der Verkehrsverwaltung des Landeskulturrates zu übernehmen. Es wird beschlossen, dem Arbeitsnachweis eine Schiedsstelle für Streitfälle zwischen Arbeitgebern und sozialen Arbeitern anzuliefern. Dem Königlichen Ministerium soll nochmals berichtet werden, daß die Einrichtung besonderer Fürsorgestellen und Fleißkontrollkommissionen nicht für angebracht gehalten wird. Sollten die Hilfsorganisationen trotzdem eingerichtet werden, so wird unbedingt Wert darauf gelegt, daß Vertreter der Landwirtschaftlichen Fürsorgestellen hinzugetragen werden müssen. — Es sollen Vorbereitungen getroffen werden, daß bei eintretender Demobilisierung Kraftwagen, Dampflokabnahmen, Motorräder, Dreiradmaschinen und alle anderen landwirtschaftlichen Gebrauchsgegenstände für die Landwirtschaft im Königreich Sachsen in ausreichender Zahl zur Verfügung gestellt werden. Bestellungen nimmt der Landeskulturrat schon jetzt entgegen.

— **W. M. Beschlagsnahme von Mauersteinen u. w.** Es ist eine Bekanntmachung, betreffend Beschlagsnahme und Besitzerscheinung von gebrauchten und anderen fiktiven Mauersteinen, Dachziegeln aller Art und Drainageröhren aus Ton erlassen, die am 25. Januar 1918 in Kraft tritt. Nach dieser Bekanntmachung werden sämtliche vorhandenen und neu erzeugten Mengen von gebrauchten und anderen fiktiven Mauersteinen und Dachziegeln aller Art (insbesondere gebrauchte Tonsteine, Kalksandsteine, Schweißsteine, Schlackesteine, Bementsteine), welche als Vor- oder Hintermauersteine, Dachbrandsteine, Klinker, Verbinder, vorde Steine, Decken- und Bodensteine, Formsteine, Dachziegel, Verwendung finden können, sowie Drainageröhren aus Ton beschlaghaft, sofern sie sich im Besitz von Personen oder Betrieben befinden, die derartige Gegenstände erzeugen oder mit ihnen handeln. Nach der Beschlagsnahme sind Verfüllungen über die Gegenstände nur noch zulässig, sofern sie durch einen Freigabeschein mit dem Stempel des Kriegsamtes, Bauteilstelle, gestaltet sind, oder eine ordnungsmäßige Ausfuhrbewilligung des Reichscommisars für Aus- und Einfuhr bewilligt vorliegt. Ohne besondere Genehmigung bleibt jedoch trotz der Beschlagsnahme der Verkauf und Verbrauch von Mauersteinbruch sowie von Formsteinen bis zu 500 Stück, von Dachziegeln bis zu 1000 Stück, von Drainageröhren bis zu 500 Stück und von den übrigen Gegenständen bis zu 3000 Stück in einem Kalendermonat für eine Baustelle gestattet. Der Vorrat in den oben beschilderten Gegenständen ist außerdem von den Personen oder Betrieben, die sie erzeugen oder mit ihnen handeln, alle zwei Monate an die Kriegsamtsstelle zu melden, in deren Bereich die Gegenstände sich befinden. Die erste Meldepung ist über den bei Beginn des 1. Februar 1918 vorhandenen Bestand bis zum 10. Februar 1918 zu erbringen. Vorberichts Meldebogen sind von den zuständigen Kriegsamtsstellen anzufordern. Auch eine Lagerbuchführung ist über die zu meldden Gegenstände vorgeschrieben. Der Wortlaut der Bekanntmachung ist bei den Polizeibehörden einzusehen.

— **Zieferungen für den Wiederaufbau der Handelsflotte.** Alle zur Handelsflotte beiträglichen Firmen des Handelsammerbezirks Dresden (Kreishauptmannschaft Dresden und Amtshauptmannschaften Orlitz und Grimma), die bereit sind, Lieferungen für den Wiederaufbau der Handelsflotte zu übernehmen, werden erlaubt, der Handelsammer Dresden, Dresden-Albrechtsbrücke 4, mit fiktiver Bescheinigung mitzuteilen, welche Gegenstände sie bei dem Stande ihrer jetzigen Beschäftigung für den Bau und die Ausrüstung sowie ihrer Einrichtung von Handelsfischen liefern können. Solche Firmen, die schon früher für den Bau und die Ausrüstung von Kriegs- und Handelsfischen gearbeitet haben, wollen dies in ihrer Anzeige besonders bemerkt und angegeben, welche Gegenstände und an welche Auftraggeber sie schon geliefert haben.

— **Bentele.** Dem Gesetzten in einem Reservegefecht 2. Kl. verlieben.

— **Vor 1.8.** Der Hilfslehrer Herr Martin Wolf, Leutnant der Inf. und Adjutant in einem Inf.-Inf.-Reg., Abnehmer schon mehrerer Kriegsauszeichnungen, erhielt das Ritterkreuz 2. Kl. vom Albrechtsorden mit Schwerten.

— **Gangenbergs.** Dem Landstreitgericht Meißnitz hier, Gefreiter bei einer Fußpark-Kolone im Westen, ist

die bronzeene Friedrich August-Medaille am Kriegsbande verliehen warden.

**Melchen.** Die höhere Knaben- und Mädchenschule ist aufgehoben worden. Die Schule hat sich nicht als lebensfähig erwiesen.

**Dresden.** In Vorstadt Blauen wurden vier junge Burden aus Cobtau festgenommen, die in letzter Zeit allerlei Geschäfte, in denen sie Einflüsse besaß, hatten, in der Weise plünderten, daß sie die Stallen vollständig leersten und mit der Beute verschwanden. Einer von den jungen Burden ist noch schulpflichtig. — Die Bauberatungsstelle des königlichen Baupolizeiauswailes will den Haushabern bei Teilung größerer Wohnungen mit Rat und Hilfe zur Seite stehen, und zwar vor allem auch in den Fällen, wo der Teilung ancheinende baupolizeiliche Vorrichten entgegenstehen. Das ist die Bedrohung in solchen Fällen möglichst Rücksicht über den werden, kann von vornherein als sicher angenommen werden. Um einer Wohnungsverteilung vorzubeugen, müssen alle Möglichkeiten, die Zahl der Kleinwohnungen zu vermehren, ausgenutzt werden, denn voraussichtlich werden nach Friedensschluß kleine Wohnungen sehr gefragt werden. Den Bau neuer Häuser wird zunächst aber der Mangel an Baustoffen und Baugeld voraussichtlich etwas verzögern. Es kann also vorübergehend eine Knappheit an Kleinwohnungen eintreten, während größere Wohnungen wohl vielleicht leer stehen werden. Sowohl vermietbare größere Wohnungen zu teilen, wird daher dem Haushalter nur zum Vorteil gereichen.

**Bittau.** Eine Anzahl Bürger haben der Stadt Bittau zur Deckung der Kriegsausgaben Handarbeiten im Betrage von nicht weniger als 1882600 Mk. zur Verfügung gestellt.

**Chemnitz.** In der Nacht zum Sonntag verschied nach schwerem Leid Professor Theodor Nettelerbauer. Im Jahre 1864 wurde er an den Staatskrankheiten zu Chemnitz angestellt, wo er mit großem Erfolg Jahrzehnte lang lebte. Er wirkte tapfer für das freiwillige Feuerlöschwesen. Auch der Turnverein zu Chemnitz verlor einen seiner Meister. Politisch hatte er sich der Fortschrittlichen Partei angegeschlossen und kandidierte für diese des österre. bei Landtag und Reichstagssitzungen.

**Legelskau.** Die durch ein 17-jähriges Mädchen fortgesetzten Verluste an Kleiderstücken hatten einen großen Umsatz angenommen. Es sind derartige Waren auf einem Gebrauch versteckt vorgefunden worden, die allein einen Wert von 2500 Mk. haben. Doch ist mit den gestohlenen Waren auch ein lebhafter Handel getrieben worden, bei welchem die Großmutter der Diebin beteiligt gewesen ist.

**Schwazenberg.** Eine Schenkung von 100000 Mk. machte der Stadtgemeinde Fabrikbesitzer Louis Kraatz mit der Bestimmung, daß Straßen und Plätze, Wege und Brücken nach künstlerischen Gesichtspunkten gestaltet, öffentliche Anlagen und Spielplätze geschaffen, Brunnen und Denkmäler errichtet und die öffentlichen Gebäude mit Werken der Kunst und des Kunstgewerbes ausgestattet werden.

**Gersdorf b. Hohenstein-E.** Die vier jungen Leute, die in der Nacht zum 29. Oktober die elektrische Überlandbahn dadurch in großer Gefahr brachten, daß sie allerhand Gegenstände auf die Schienen der Gleise warfen und eine Weiche stellten, wodurch der Zug auf einen Güterwagen fuhr und Personen- und Gadschaden entstand, wurden vom Schöfengericht zu je 2 Monaten Gefängnis verurteilt.

**Mülzen St. Nikolai.** Die Seelenkrebs hier verhinderten an einem Tage und innerhalb einer Stunde. Der Tod erlöste sie von schwerer Krankheit.

## Neueste Nachrichten und Telegramme vom 15. Januar 1918.

### Das Echo der Berliner Presse zu den Berliner Konferenzen.

**Berlin.** Die halbamtliche Nachricht von der Entspannung des Verhältnisses zwischen der Heeresleitung und der politischen Führung hat alle die in den letzten Tagen erreichten Gemüter belastigt. Gleichwohl macht sich in der Presse, soweit diese die Nachricht kommentiert, abermals eine geteilte Auffassung bemerkbar. Die linistischende Presse ist befriedigt, daß der alte Kurs beibehalten wird, während die Blätter der Rechten darauf hinweisen, daß die Entschließungen der Heeresleitung die der politischen Führer übertrumpt haben. Der „Vorwärts“ stellt fest, daß der alte Kurs gesichert sei. Er wendet sich an den Reichskanzler und sagt: Wenn der Reichskanzler will, kann ihm die Reichstagsmehrheit helfen, zu einem guten Frieden mit Rußland zu kommen. Das geht aber nur dann, wenn beide, Ranzien und Mehrheit, dem Siedl. eines ehrlichen demokratischen Friedens mit Entschlossenheit zustimmen wollen, ihre Kreise nicht stören lassen. Die Lehren der letzten Tage waren deutlich genug. Das „Ber-

### Über fernen Meeren.

Roman von C. v. Winterfeld-Warnow.

16. Fortsetzung.

„Sieht du's?“ sagte sie zu Alice, „wie sie alle aussieben, die hier an Bord kommen? Sieber hat sie so schamlos gemacht. Sieber hat ihre Wangen einfallen lassen. Dies entziegt Sieber, das mit meinem einzigen Siebeling g'gaut hat!“

Der Gelb-äckstoff, den man jetzt überall hörte, hieß Malazia, Schwarzwalderster, Chirin. Doctor Steinberg erklärte Alice, daß die Beamten der Ausstellung, sowie alle europäischen Angestellten in diesen Segenden nie länger als auf zwei bis drei Jahre verpflichtet werden. Dann bekommen sie Heimaturlaub oder werden überhaupt abgezählt, um ihre Gesundheit in einem besseren Klima aufzufrischen.

Da war z. B. ein Deutscher aus Deutsch-Ostafrika, eine echte deutsche Reisegestalt. Und dieser Riese überraschte Alice mit der Bemerkung: „So seid es bei uns ist, ich darf doch nie fast haben, sonst habe ich am nächsten Tage das Fieber.“ —

Die See wurde jetzt sehr unruhig. Der kleine Dampfer, der bei Ghinda kreiste am „Prinzregenten“ absezt, kannte wie eine Rutschbahn auf den Wellen.

Das Auslaufen der Reisenden geschieht hier mittels eines hohen Korbes. Mehrere Personen haben darin Platz. Man betrifft ihn durch eine Tür. Dann wird er erst herauf und wieder herunter gemündet. So schwiebt er mit seinen Inhalten einige Augenblicke zwischen Himmel und Erde. Gewiß kein behagliches Gefühl, da der Korb auch meist mit einem kräftigen Rud der Schiffsboden berührt.

Alice fragte lachend: „Ist das in Kapstadt auch so?“

Aber Doctor Steinberg gab ihr die beruhigende Antwort, daß nur sehr wenige Passagiere diese Ausbootungsart hätten.

In Beira lag das Schiff mehrere Tage brauchen im Hafen, lub Butter und Gewürze ein und wartete auf einen kleinen Gesellschaftsdampfer, der mit seinen Frauen Verbindung hatte.

Auf ihm kam zugleich ein sehr hoher, portugiesischer Beamter nebst Gemahlin und Stab unter großer militärischer Bedeckung an, der auf dem „Prinzregenten“ die Weiterreise antrat.

Die südländischen, dunkelhäutigen Offiziere und Sol-

## Deutscher Generalstabbericht.

(Amtlich.) Grobes Hauptquartier, 15. Januar 1918.  
Wehrliche Kriegsberichte.  
Keine besonderen Ereignisse. An verschiedenen Stellen der Front Artilleriekampf.

Rechts Neues.  
Mazedonische Front.

Die Lage ist unverändert.

Italiensche Front.

Stärkere Angriffe, die die Italiener gegen die österreich-ungarischen Stellungen am Monte Molone und Monte Vertica führt, sind unter schweren Verlusten gescheitert. Die Tagüber in den Angriffsabschnitten anhaltenden Kämpfe dehnen sich zeitweise nach Westen über die Brenta, nach Osten bis zur Po aus. Auch längs der unteren Po und in Verbindung mit italienischen Vorstößen im Po-Delta war die Artillerietätigkeit vielfach gezeigt.

Der erste Generalkonsulat: Zubehör.

Ein Tagblatt“ wendet sich mit liebhafter Wiene gegen die Alten: Die Berliner Konferenzen, so heißt es dort, haben keine Anerkennung und besonders nicht die von den Alten und Südmann-Stürzen erzielte Anerkennung herbeigeführt. Die „Deutsche Zeitung“ gewinnt ihren Eindruck, daß die Krise infolge der Bevölkerungen Hindenburg und Ludendorff mit dem Reichskanzler eine erfreuliche Milderung erfahren hat.

Der „Volks-Anzeiger“ schreibt: Die Berliner Konferenzen zwischen dem Reichskanzler und der Obersten Exekutive über die Friedenszielen können als erledigt betrachtet werden. Es ist ein Ausgleich gefunden worden, bei dem die Oderthe Heeresleitung, wie sie beabsichtigt hatte, lediglich die militärischen Interessen vertretet. Der Ausgleich schafft für die Verhandlungen im Osten neue Grundlinien und nach dem Westen freie Raum, die wiederum ihre Grenzen in den Staatsnotwendigkeiten des deutschen Volkes finden. Man hofft, so fügt das Blatt dieser anscheinend halbamtlichen Aussäufung hinzu, daß der nunmehr geschaffene Ausgleich bald publiziert wird, damit das deutsche Volk endlich einmal erfährt, was eigentlich beabsichtigt wird. Es ist wohl möglich, daß der Reichskanzler in seiner nächsten Rede im Hauptausschuß des Reichstages eine entsprechende Erklärung abgeben wird. Für diesen Fall hoffen wir, daß er bald sprechen wird, denn jeder Tag ist ein Gewinn, mit dem das deutsche Volk früher von der Markeit und Sicherheit seiner Geschäftsführung überzeugt wird.

### Berken.

(Berlin. Amtlich.) Eines unserer Unterseeboote hat unter schnellerer Führung des Oberleutnants z. S. Loh legt im Vermelkanal fünf Dampfer und drei Fischerboote mit rund 21000 Bruttoregistertonnen versenkt, eine Leistung, die umso auffallend ist, als die Ergebnisse von einem kleinen U-Boot und in einem Siegeszeit gezeigt wurde, in dem die feindliche Gegenwirkung besonders stark ist. Alle Dampfer mit Ausnahme eines waren bewaffnet und tiefbeladen. Es konnten namentlich festgestellt werden, daß der bewaffnete Dampfer „Jolanthe“ (3081 Bruttoregistertonnen) sowie der bewaffnete englische Frachtdampfer „Arco“ (4839 Tonnen), der im gefordert durchführten Angriff aus einem stark gesicherten Gefügung veranlagt wurde.

Die versunkenen Fischerdampfer waren englischer Nationalität und führten die Namen „Gratitudo“ (B. M. 25), „Baruna“ (B. M. 43) und „B. M. 201“.

Der Chef des Admiraltätsabtes der Marine.

(Berlin. Sir C. Geddes, der Erste Lord der englischen Admiraltät, gab bei der ersten Versammlung, die zwischen Vertretern der Regierung und den Vertretern der Gewerkschaften zur Beratung der Frage des Heeresrates stattfand, nach dem „Daily Telegraph“ vom 4. Januar 1918 die Erklärung ab, daß in den letzten sechs Monaten sich die Lage durch die Vorgänge in Rußland völlig geändert habe. Letztere würde der Aufstand durch die amerikanischen Armeen wieder mehr als ausgeglichen werden. Die Schnelligkeit, mit der diese Armeen der Front zugeführt werden könnten, hängt aber so gut wie ganz von der Frachtraumfrage ab. Infolgedessen würden in der nächsten Zeit die Ölressourcen des Landes (Englands) erheblich in Anspruch genommen werden müssen. Zur Erlangung des Sieges seien notwendig: Steigerung des Schiffbaus, Ersparnis von Frachtraum, Aufrechterhaltung der Armeen im Felde. Nach langjähriger Beratung durch die Regierung sei man zu der Überzeugung gelangt, daß man die Armeen im Felde nur auf der Höhe erhalten könne, wenn man eine große Zahl von Leuten aus den Munitionsfabriken aussiebt. Diese Aufforderungen zeigen, wie die Frachtraumnot, die die Herkunftsertrag amerikanischer Truppenverbände unmöglich macht, entweder die

englische Front oder die englische Munitionserzeugung schwächt. Dies wird umso mehr der Fall sein müssen, als es England nach den neuen Nachrichten vorsieht, im Hinblick auf die immer größer werdende Nahrungsmitteleinfuhr Proterezreise, Fleisch und Getreide statt der Truppenverbände von den Vereinigten Staaten von Amerika zu erhalten.

### Gaillan verhaftet.

(Paris.) (Avos-Meldung.) Gaillan ist gestern nach Paris verhaftet und unverzüglich in das Gefängnis für Strafe überführt worden.

(Paris.) Wie Davos berichtet, erschien alle Abendblätter gestern mit großen Überschriften, wie „Die Verbündung des Freunds Bos“ „Dachvertragsverbrechen“ oder „Ein Theaterstück“. Die Blätter berichten von der Durchsuchung eines Schließfachs, das Gaillan in Florenz unter dem Namen Renouard“ in dem Finanzinstitut der Banca Italiana di Sconto habe. Nach dem „Intransigeant“ hätte man in diesem Schließfach Wertpapiere in beträchtlicher Höhe und Papiergold gefunden, deren Bedeutung unbestreitbar sei. Das Blatt sagt hingegen: Es ist ein Schriftstück in die Hände des Militärgouvernements gelangt, dessen Bedeutung und Wichtigkeit nicht gestatten, Gaillan länger aufzuseien zu lassen.

Buchanan über Breit-Bitow.

(Stockholm.) Der englische Botschafter in Petersburg, George Buchanan, erklärte gestern einem Vertreter des Bolschewiki gelungen, sich eine solche Stellung zu schaffen, daß niemand sie gegenwärtig vertreiben könnte. Vor allem der Frieden und die allgemeine Friedensstabilität seien die alle Verpflichtungen erfüllt hätten. Trotzdem könne die Entente sie nicht als Vertreter Rußlands anerkennen, da sie zwar die Macht hätten, aber ihre Unabhängigkeit sich auf den Norden beziehen. Über die Aussichten der Friedensverhandlungen in Breit-Bitow lasse sich nicht Sicheres sagen, doch arbeite Trotha mit aller Kraft an der Errichtung des Sonderliedens. Am großen und ganzen müsse man sagen, daß Rußland seine Rolle als aktiver Teilnehmer am Weltkrieg ausgespielt habe.

Wahlische Gerichte über deutsche Forderungen an Finnland.

(Berlin.) In der russischen Presse werden vielfach die wirtschaftlichen Folgen eines angeblich von Deutschland auf 15 Jahre geforderten Rechtes der sozialen Einfluß auf deutscher Waren nach Rußland erörtert. Es soll deshalb, wie die Norddeutsche Allgemeine Zeitung mitteilt, nochmals festgestellt werden, daß eine solche Forderung niemals gestellt worden ist, und daß es sich auch hierbei um eine phantastische, böswillige Ausbreitung handelt, die nur dazu bestimmt ist, die Friedensverhandlungen zu föhren.

Die Annulation der russischen Anleihen.

(Petersburg. (Bib.-Tel.) Der Oberste Rat für das nationale Eigentum hat den Entwurf eines Decrets zur Annulation aller nationalen Anleihen, die von der zaristischen und der bürgerlichen Regierung ausgegeben wurden, ausgearbeitet. Nach diesem Entwurf werden alle ausländischen Anleihen, die im Besitz von Russländern sind, bedingungslos annuliert. Nur die kurzfristigen Anleihen des Schatzamtes und die vom Schatzamt ausgegebenen, bleiben gültig.

Wilson's Botschaft macht Eindruck bei den Sovjets.

(Sagaa. Daily Telegraph) meldet aus Petersburg: Die Sovjets betrachten die Botschaft Wilsons als einen moralischen Erfolg. Das offizielle Blatt der Regierung ist der Ansicht, daß Präsident Wilson bereit sei, sich für die Bolschewistische Regierung zu erklären.

(Berlin.) Wie wir hören, ist am 11. Dezember 1917 der Herausgeber der in Amsterdam erscheinenden radikal-socialistischen Wochenzeit „Der Kampf“, Karl Minster, auf dem Höhepunkt seines Widerstandes gegen die Rieselfabrik festgenommen worden, nachdem er unbefugt den deutsch-niederländischen Grenzfluss (Wurm) überquert hatte. Minster ist dringend verächtlich mit dem englischen Nachrichtendienst, insbesondere dem Bureau Tinsley in Rotterdam, in Verbindung zu stehen und für diesen durch Mittelpersonen in Deutschland militärische und wirtschaftliche Spionage getrieben zu haben. Er hat bereits angegeben, durch eine Vertraulichkeit einen Brief an den Bureauvorsteher einer Kriegsamtstelle gerichtet zu haben, in dem er um Lustkunst über untreue Vorrite an Rosstossen, die für die Rüstungsindustrie wichtig sind, bittet. Als seine Helferhelfer läuftet etwa neue Personen im Westen Deutschlands und in Berlin in Betracht. Von diesen könnten nach kurzer Zeit wieder aus der Post entlassen werden. Von der feindlichen Presse ist in den letzten Tagen die Nachricht verbreitet worden, in Deutschland seien mehrere hundert Mitglieder der unab-

weiligen zusammen in Leid und in innigem Mitgefühl.

Die See war unruhig, die Luft heftig und drückend. Man begrüßte es als eine Erlösung, als endlich Kapstadt gemeldet wurde. Nun ging's an's Baden.

Doctor Steinberg freute sich auf die Seinen. Und wenn Alice auch bangte, so freute sie sich doch andererseits, nach diesen langen Wochen des Nichtstuns wieder eine Tätigkeit zu finden.

Die ersten Wochen der Reise waren herrlich gewesen! Wie viel hatte sie geschenkt! Und wie schön war das Zusammenleben gewesen! Diese letzte Zeit aber war trüb und schwer. Und die Ungebild zogte an ihr, fortzufahren von dem Schiff, das so viele Erinnerungen barg.

Im September-Oktober beginnt der Sommer für das Kapland. Da herrscht oft ein Südostwind, der auf dem Meer schon fast zum Sturm wird. Auf dem Lande ist man froh über ihn und seine luftreinigende Wirkung. Man nennt ihn deshalb den „Doctor“. Auf dem Schiff war seine Wirkung aber in weniger angenehmer Weise zu spüren. Und wenn Alice diese Wellen am Anfang ihrer Reise kennen gelernt hätte, so wäre sie sicher auch nicht festgeblieben.

Besonders als sie an das Cap der guten Hoffnung fahren, wehte es so stark, daß sie die Räumten aussuchen mußten.

Aber auch das ging vorüber. Sie näheren sich Kapstadt.

Wildred hoffte viel von seinem gesunden Klima. Jetzt, im Herbst nach europäischer Zeitrechnung, im Sommer nach der der Südäquator ist es dort für lange Zeit gleichmäßig schön.

Und diese Gleichmäßigkeit herrscht dadurch auch im Leben, in der Landschaft, in der Sinnesart, der Menschen. Wildred und Alice hatten heralichen Abschied genommen, der in einem „Auf Wiedersehen“ auslief. Wildred sagte dem Freundin: „Wenn du in Rouville nicht heimlich wirst, wenn dir die Stellung nicht gefällt, dann komm zu mir! Ich danke dir so viele Liebe und Freundschaft auf dieser für mich so schönen Reise. Ich werde dich sein, wenn ich die verlorenen kann, was du mir gewesen bist.“

Fortsetzung folgt.

hängigen sozialdemokratischen Partei verhängt worden. Offenbar ist die eben geschilderte Verhaftung des Minister und seiner Gefährdeten auf diese Welle von der Entzündung aus leicht erkennbaren Gründen böswillig aufgebaut worden.

X Berlin. Der englische Junkspruch Goldku vom 12. d. M. 12 Uhr 30 Min. nachm. behauptet folgendes:

Die deutsche Regierung, die die unvorstellbaren Folgen fürchtet, die entstehen würden, wenn der genaue Wortlaut

der Wilsonschen Kriegserklärung unter den gebildeten Deutschen bekannt würde, hat gedroht, sie werde jeden Flieger, der solche Flugblätter abwirft, als Spion erklagen, falls er in deutsche Hände fiele. Die Tatsache, daß, wie sich jeder Vater überzeugen kann, die Rede die weiteste Verbreitung in allen deutschen Zeitungen gefunden hat, strafft diese einseitige englische Nachricht liegen.

X Berlin. Der Kaiser hat den Wunsch geäußert,

dab auch in diesem Jahre sein Geburtstag durch ernste

Festen und Feierlichkeiten, wie in den Schulen und beim

sonntäglichen Gottesdiensten in den Kirchen begangen und

von lauten feierlichen Veranklungen unmittelbar Abstand ge-

nommen werde. Und verantwissen Se. Majestät die Nach-

sicht auf den stark beladenen polnischen Verleb im Felde

zu der Bitte, von der Vermittelung von Glückwünschen ab-

zusehen und sich auf ein freundliches Gedanken und auf

treue Fürbitten zu beschranken.

X Berlin. Neu eingegangene Nachrichten, die Einge-

ständnisse englischer und französischer Offiziere, bestätigen

wiederum, daß bei den anglo-französischen Munitionstrans-

porten das Rote Kreuz mißbraucht wird und daß zahlreiche

Munitionslager hinter der feindlichen Front zum Schutz

gegen Fliegerangriffe als Lazarette gekennzeichnet sind.

X Rothenburg. (Althans Bureau.) Auf einer gestern

vormittag im Handelsministerium mit Vertretern der

Bauern und Sparassen des ganzen Landes stattgefundenen

Konferenz wurde man sich dahin einig, daß die genannten

Einrichtungen zwei Drittel Prozent ihrer Jahresbilanzen

zur Verfügung stellen. Der Betrag von ungefähr 30 Milli-

onen Kronen wird zu Anteilen unter den verschiedenen Ge-

meinden verteilt, damit diese große öffentliche Arbeiten

beginnen, um die bereitstehende Arbeitslosigkeit zu mildern.

Ungesäß 40000 Arbeiter sind arbeitslos.

X Lüneburg. Gestern nachmittags kam es hier zu

einer Kundgebung gegen die megalomastische und unglaubliche

Lebensmittelverteilung. Die Kundgebung dauerte mehrere

Stunden, soweit daß es zu irgendwelchen ernsthaften Ause-

nhensfällen gekommen wäre.

X Bogota. (Agence Havas.) Umfangreiche Streit-

zonen in Cartagena, Barranquilla und Santa Maria

zum Ausbruch. Die Regierung verhängte über die De-

partemente an der atlantischen Küste den Belagerungs-

zustand.

### Vermischtes.

Ein siebzehnjähriger Raubmörder. Am 12. Mai 1917 ist die 35jährige Schreibwarenhändlerin Frau Therese Jähnichen in ihrer Wohnung Liebenwalder Straße 5 in Berlin erschlagen worden. Der Verbrecher war, nachdem er die Ladentasse ihres Inhaltes verausgt und die Wohnung nach Geld und Gelbeswert durchsucht hatte, entflohen. Als Täter wurde schon am 14. Mai nachmittags der bei seinen Eltern in der Rautenkampfstraße wohnende 17jährige Erwin Krüger festgenommen, der nun vor der 3. Strafkammer stand. Der Angeklagte, der gefändigt war, wurde zu sechs Jahren und zwei Wochen Gefängnis verurteilt unter Anrechnung von zwei Monaten und zwei Wochen Untersuchungshaft. Der Staatsanwalt hatte 15 Jahre Gefängnis beantragt.

### Sächsischer Landtag.

wiss. Dresden, 14. Jan.

Blätter Kammer.

Bei Regierungsschultheißkultusminister Dr. Beck. Präsident Dr. Vogel eröffnete die erste Sitzung nach der Weihnachtspause mit einer Ansprache, in der er die Abgeordneten begrüßte und u. a. ausführte, die Wichtigkeit und der Ernst der Entscheidungen, die jetzt in Berlin getroffen werden, verbieten es, über die augenblickliche Lage sich eingehend auszuspredeln, so hocherfreut sie auf militärischem Gebiete zu Wasser und zu Lande ist dank der Ausdauer und Tapferkeit unserer heldenmütigen Truppen unter ihrer bewunderungswürdigen Führung. (Beifall). Das Gesetz der Stunde ist volle Geschlossenheit und Einmütigkeit im deutschen Volke. Möge sie auch in diesem Hause wie überall im Deutschen Reich bestehen und uns einen Frieden immer näher bringen, der der furchtbaren Opfer wert ist und die Zukunft unseres Vaterlandes schafft.

In der Registrazione befindet sich ein Schreiben des Reg. Oberpostamtschallamtes, durch welches die Mitglieder der Kammer zu einer Aufführung im Reg. Überbauhaus für Mittwoch den 23. Januar eingeladen werden. Während der Pause wird der König im Wandgang des Opernhauses die Mitglieder der Kammer empfangen.

Das Haus tritt dann in die Tagesordnung ein und genehmigte ohne Aussprache zu Kapitel 36 a des ordentlichen Staatshaushaltsets des Oberverwaltungsgerichts die Einnahmen mit 19809 M. und bewilligte die Ausgaben mit 268393 M. Eine Petition beschließt das Haus auf sich berufen zu lassen. Nächste Sitzung Mittwoch den 16. Januar mittags 12 Uhr. Schlussberatung über das Dekret bez. den Haushaltspol an des staatlichen Elektrizitätsunternehmens.

### Tagesgeschichte.

Deutschland Reich.

Der "Reichs-Anzeiger" veröffentlicht eine Verordnung zur Regelung des Vertriebs mit Branntwein vom 10. Januar und eine Bekanntmachung betr. Rendierung der Verbindung über die Besitznisse der Reichsbefreiungsstelle vom 22. März 1917.

Die Rekrutierung in Polen hat begonnen. Der "Glos" meldet, daß am 10. Januar die Rekrutierung für das polnische Heer begonnen hat und von da ab in ganz Polen durchgeführt werden wird.

Die deutsche Flagge in der Süßsee. Auf eine an ihn gerichtete Kundgebung telegraphierte Dr. Goll an die Vereinigung der Süßseefreunde: Der Vereinigung der Süßseefreunde fördere ich für ihre freundlichen Worte der Grüfung bei ihrer Tagung in Berlin meinen verbindlichen Dank aus. Auch ich gebe der Hoffnung Ausdruck, daß über unseren deutschen Süßseefreunden bald wieder die deutsche Flagge wehen und damit dem deutschen Unternehmungsgesinde die Möglichkeit geboten sein möge, die Entwicklung unseres vielversprechenden Süßseefeldes in der gleichen tapferen und erfolgreichen Weise wie bisher weiterzuführen.

### Schlacht-Pferde

Kauf jederzeit Otto Gundersmann,  
Rothschilder, Niela. — Telefon 273.

Achtung! Schlacht-Pferde!  
Kauf jederzeit zu kaufen. Bei Rothschilder  
schnell zur Stelle. Beau Transport.  
Weiterverkauf findet nicht statt.  
Albert Mohrhorn, Gröba.  
Telefon Niela Nr. 685

### Die Mitglieder-Versammlung der Beerdigungsgesellschaft „Cantorei“

findet

Mittwoch, den 16. Januar 1918 abend um 7 Uhr  
im Restaurant zur Elsterstraße statt.

1. Jahresbericht. 2. Nechensichtsbericht. 3. Neuwahlen.  
4. Gründung einer Sterbefafe. 5. Anträge.

Um zahlreiche Beteiligung bitten der Vorstand.

### Auktion.

Donnerstag, den 17. Januar a. c., von vormittags 10 Uhr an kommen in

Gröba, Altrockstraße 30,  
nachstehende Gegenstände zur öffentlichen Versteigerung:  
2 fast neue Bettstellen, 4 Stühle, 1 Bank, 1 Blumentopf,  
1 Schneiderspuppe, 1 Rückentisch, 1 Ausziehtisch, 1 Kinder-  
wagen, 1 Bett u. a. m.

G. Gärtner, Gerichtschlöppe, Gröba.

Jda Seifert

Mar Reichelt

grünen als Verlobte.

Niela-Saalhausen,

Januar 1918.

Frieda Heimpold

Paul Seifert

grünen als Verlobte.

Dittersdorf, Erzg. Niela,

Januar 1918.

Vizewachtmeister Otto Kramer

Hilda Kramer geb. Täubner

kriegsgetraut.

Riesa, den 15. Januar 1918.

Für all die wohltuenden Beweise der Liebe und Teilnahme, die unteren teuren Entschlafene, lieben Mutter, Groß-, Uregroßmutter und Schwester,

### Frau verw. Henriette Jary

geb. Kreitschmar, durch überreichen Blumenstrauß und durch ehrendes Geleit zum Grabe zuteil wurden, sagen wir hiermit allen lieben Nachbarn, Freunden und Bekannten von nah und fern

herzlichsten Dank.

Die aber, liebe Mutter, rufen wir ein "Ruhe sanft" und "Habe Dank" in dein stilles Grab nach.

Gröba, Niela, Halle, Weinböhla und Eßen,

den 14. Januar 1918.

Die tieftauernden Hinterbliebenen.

Allen lieben Nachbarn und Bekannten hierzulande die traurige Nachricht, daß heute früh 2 Uhr meine liebe gute Gattin und Mutter von 5 kleinen Kindern, Großmutter, Schwägerin, Schwiegertochter und Tante, Frau

Selma Berthold,

infolge einer Lungentuberkulose und Kindbettfieber nach qualvollen Leiden sanft und ruhig im Alter von 33 Jahren entschlafen ist, was hierdurch schmerzerfüllt anzeigen

der tieftauernde Gatte nebst Kindern

und Verwandten.

Mergendorf, den 15. Jan. 1918.

Die Beerdigung findet Freitag mittags 12% Uhr

vom Trauerhaus aus statt.

Für die vielen Beweise der Liebe und Teilnahme bei dem so schmerzlichen Verluste unseres herzensguten, unvergesslichen Sohnes und Bruders

### Walther Helbig

sagen wir allen Freunden und Bekannten herzlichen Dank. Besonders Dank denen, die mir beim Unfall so treu zur Seite standen. Dank seinen lieben Jugendfreunden und -Freundinnen, seinen Herren Chefs, dem Beamten- und Arbeitspersonal des Rieser Tageblattes und den lieben Arbeitern und Arbeitern, Handlungsgehilfen und Gehilfen der G-E-G., Lagerhaus Gröba, für die in so reichem Maße erwiesenen letzten Ehrungen.

Dir aber, lieber Walther, rufen wir ein "Ruhe sanft" in Deine stille Gruft nach.

Gröba, am Begräbnistage, den 14. Januar 1918.

In tiefstem Schmerze

Marie Rumler verw. gew. Helbig

Gertrud Helbig.

Nachdem wir unsere unvergessliche Entschlafene

### Frau Emilie Beulig

zur letzten Ruhe gebettet haben, drängt es uns, für den überaus reichen Blumen-

strauß und die unendlich vielen Beileidsbegierungen unseres

### allerherzlichsten Dank

auszusprechen. Insbesondere Dank für die trostreichen Worte am Grabe der Toten.

So ruhe nun, du treues Herz, von Lieb und Dankbarkeit umhüllt, bis zum ewigen Morgen.

Gröba, am 15. Jan. 1918.

In tiefer Trauer

Clemens Beulig für die Hinterbliebenen.

St. Großbeisel am 6.1. gest.  
Ausbauholz Niederlagestr. 1. 1.  
Klemmer verloren  
wurden auf Wettinerstraße.  
Gegen Belohnung abzugeben  
Mecklenburg Str. 25, 1. r.

### Wohl. Zimmer

mit Schlaf. zu 2 Betten in Nähe der Ober. Hof. gefügt.  
Gef. Angebote unter E. J. 450 an das Tageblatt Niela.

### Gut möbliertes Zimmer

ab 21. 1. 18 oder später von befreiem Herren nahe des Kaiser-Wils.-Platzes sofort zu mieten gesucht. Off. m. Preis unter E. J. 450 an das Tageblatt Niela.

### Gut möbliert. Zimmer

für 2 Personen gesucht.  
Angebote unter E. J. 450 an das Tageblatt Niela.

### Freundliche Schlafstelle

mit 2 Betten zu vermieten.  
zu ertragen im Tabl. Niela.  
2 Mädchenschlafstellen frei  
Mecklenburg Str. 34.

### Gut möbliert. Zimmer

für 2 Personen gesucht.  
Angebote unter E. J. 450 an das Tageblatt Niela.

### Zimmermädchen

zum 1. Februar gesucht.  
Sote Deutsches Haus.

### Flettes Hausmädchen

das aus Güte bedient, sucht Wohnung.  
Angebote unter E. J. 450 an das Tageblatt Niela.

### Zimmermädchen

nicht zu jung, gut empfohlen,  
für 10. Febr. gesucht. Maffs,  
Kaiser-Franz-Joseph-Str. 34.

### Mädchen und Kinder

sucht Fr. Zeiss, Stellen-  
Vermittl. Mönau.